

Politische Uebersicht.

Stolp, 22. Juli.

* * Die Kaiserreise in der Ostsee. Die kaiserlichen Majestäten trafen am Mittwoch Abend in Tullgarn ein, begleitet von dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Schweden (einer Cousine unseres Kaisers) welche der „Hohenzollern“ entgegengefahren waren. Der Kaiser trug schwedische Admiralsuniform, der Kronprinz von Schweden deutsche Generalsuniform. An der Landungsbrücke hatte sich eine dichtgedrängte Menschenmenge eingefunden, welche die fürstlichen Herrschaften lebhaft begrüßte. Während die Majestäten die Landungsbrücke passirten, streuten junge Mädchen Blumen. Der Kaiser und die Kaiserin haben bei dem Kronprinzenpaare auf Schloß Tullgarn Wohnung genommen. Ihr Aufenthalt daselbst wird bis Sonnabend Nachmittag währen. Am Donnerstag erledigte der Monarch die eingegangenen Posten und nahm die regelmäßigen Vorträge entgegen. Abends erschien König Oskar von Schweden zum Besuch.

Der Bundesrath hielt Donnerstag Nachmittag eine Sitzung ab. Genehmigt wurden selbstverständlich die vom Reichstage angenommene Militärvorlage, sowie der Nachtragsetat und das neue Anleihegesetz. Außerdem wurden einige Verwaltungsjachen und kleine Gesetzentwürfe erledigt. Mit Ende dieser Woche beginnen für den Bundesrath die Sommerferien. Der Wiederbeginn der Arbeiten erfolgt im October.

Zu den bevorstehenden Finanzminister-Conferenzen in Frankfurt a. M. bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende officiöse Mittheilungen: „Die Besprechungen der Finanzminister in Frankfurt a. M. werden sich voraussichtlich nicht allein auf die Beantwortung der Frage beziehen, wie die Deckung der durch die Heeresorganisation verursachten Kosten zu bewerkstelligen sei, sondern darüber hinausgehen müssen. Es leuchtet jetzt von Jahr zu Jahr mehr ein, daß die jetzt in vielen Fällen übliche Art, vorhandene Bedürfnisse im Reiche anzuerkennen, ohne von vornherein sicher zu sein, ob und wie die Deckung zu beschaffen sei, einen unhaltbaren Zustand bedeutet. Dies Leben von der Hand in den Mund erweist sich aber besonders in dem Falle bedenklich, wenn mangels der Möglichkeit, einen anderen Weg zu beschreiten, kurzer Hand auf die Hilfe der Einzelstaaten zurückgegriffen wird. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird es nöthig sein, daß die Finanzminister der Einzelstaaten mit dem Reichsschatzsecretär darüber zu berathen und zu einer Verständigung zu gelangen trachten, welche Mittel und Wege sich wohl als die geeignetsten empfehlen möchten, um an Stelle der bisherigen Unsicherheit in der Finanzgebarung des Reichs und, im Zusammenhange damit, auch derjenigen der Einzelstaaten eine gewisse Stabilität treten zu lassen. Der Finanzminister Dr. Miquel hat schon vor Jahr und Tag seine Meinung dahin abgegeben, daß ebenso wie ganz bestimmte Arten von Steuern dem Reiche, andere am besten den Einzelstaaten

und wiederum andere den Communen zuzuweisen seien. Die soeben im preussischen Landtage beendete große Action, durch welche ermöglicht wird, daß der Staat die directen und die Communen die Ertragssteuern ihrer Eigenart und den Anforderungen der Zeit entsprechend ausbauen können und sich entwickeln lassen, scheint nicht geringe Bürgschaft dafür zu bieten, daß es mit der Zeit auch gelingen wird, den besten Weg einer schiedlichen und friedlichen Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten in finanzieller Beziehung zu beschreiten und damit einen Zustand herbeizuführen, bei welchem sich alle Beteiligten wohlher fühlen dürften, als dies unter den obwaltenden Verhältnissen möglich ist.“

Zum Rücktritt des Kriegsministers v. Kaltenborn. Wie schon vor einigen Tagen angedeutet, steht der Rücktritt des Kriegsministers General v. Kaltenborn-Stachau für die nächste Zeit bevor. Eine Bestätigung dieser Nachricht wird darin gefunden, daß der Abschluß zwar dem Reichskanzler ein sehr warmes kaiserliches Danktelegramm eingetragen hat, daß aber der Kriegsminister völlig übergangen wurde. Thatsächlich hat auch die ganze Arbeit fast allein auf den Schultern des Reichskanzlers geruht, der in der Commission und im Plenum des Reichstages unermüdet seine ganze Kraft für die Militärvorlage einsetzte. Der Kriegsminister beobachtete dagegen eine auffällige Zurückhaltung. Wenn bereits eine Reihe von Namen genannt wird, die für den Posten eines Kriegsministers in Betracht kommen, so die Generale Edler v. d. Planitz, Vogel v. Falkenstein, Oberhoffer, v. Voß und Polach, so hat man es wohl nur mit Vermuthungen zu thun.

„Wirthschaftliche Vereinigung“. Wie die „Korr. des Bundes der Landwirthe“ mittheilt, befinden sich unter den etwa 100 Abgeordneten, welche der „Wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstags“ beigetreten sind, 22 National-liberale.

Die Einnahmen der Reichs-Post-Telegraphen-Verwaltung haben im ersten Viertel des gegenwärtigen Etatsjahres (April-Juni) 61007206 M. betragen, gegen 57997574 M. desselben Zeitraums im Vorjahre. Der reine Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug 7959032 M. gegen 5578142 M. des ersten Vierteljahrs im Vorjahre, mithin mehr 2380893 M. Wenn gegenüber diesen sehr günstigen Ergebnissen in einem Theil der Tagespresse von Verminderung der Telegramm-Einnahmen die Rede ist, so kann sich dies nur auf einzelne Börsetelegraphenstationen beziehen. Im ganzen Reich hat eine erhebliche Zunahme des Gesamt-Telegraphenverkehrs und damit auch der Einnahmen stattgefunden.

Oesterreich-Ungarn. Das amtliche „Wiener Blatt“ veröffentlicht jetzt für das Gebiet der gesammten Monarchie das Verbot der Ausfuhr von Heu, frischen und getrockneten Futterkräutern aller Gattungen, Stroh und Häcksel. — Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Rußland und Oester-

reich sollen einen günstigen Verlauf nehmen, man hofft noch im Laufe des Jahres zu einer Vereinbarung zu kommen. Die für Deutschland so heikle Getreidezollfrage spielt hier allerdings keine Rolle.

Belgien. Die belgische Kammer hat mit 102 Stimmen den Verfassungsartikel angenommen, nach welchem der König beim Fehlen männlicher Nachkommen berechtigt ist, seinen Nachfolger selbst zu wählen. Diese Bestimmung ist sehr nöthig, da die Thronfolger in Belgien auf beiden Augen des jungen Prinzen Leopold von Flandern ruht.

Frankreich. Die Siamstreitfrage schwebt noch in der Luft, wird aber allgemeiner Erwartung zufolge zu Weiterungen keinerlei Anlaß geben. Der französische Gesandte in Bangkok hat sein Ultimatum gestellt, welches eine beträchtliche Landabtretung und eine große Geldentschädigung fordert, und die siamesische Regierung wird hierauf nothgedrungen eingehen, weil ihr nichts Anderes übrig bleibt. Man sagt, China wolle Siam unterstützen, indessen ist darauf so gut wie nichts zu geben. Bevor die Chinesen ihre Soldaten mobil gemacht haben, kann ganz Siam von den Franzosen verpeist sein. Englische Hilfe für Siam, welche das einzig Wirksame wäre, ist nicht zu erwarten, die Siamesen sind also völlig der französischen Willkür preisgegeben, und darum geben sie auch nach.

Großbritannien. Englische Zeitungen melden von erneuten Kämpfen in Samoa. Die Truppen des Königs Mafietoa sollen bisher siegreich gewesen sein. — In Englisch-Naschonaland in Südafrika ist die Lage eine recht ernste; die britischen Ansiedler und Colonisten sind bedroht durch den Aufstand eines mächtigen Eingeborenen-Häuptlings und haben sich in das Fort Victoria geflüchtet. — In dem Prozesse wegen des Unterganges des Dampfers „Victoria“ ist jetzt zur Genüge festgestellt worden, daß die Schuld ausschließlich an dem verfehlten Commando des Admirals Tryon liegt. Dieser hat seine Schuld mit dem Tode gebüßt, womit die Sache also beglichen sein dürfte.

Rußland. Die Petersburger Zeitungen bestreiten jetzt, daß Rußland eine Verstärkung seiner Truppen plant und machen allerlei schlechte Witze über die Annahme der deutschen Militärvorlage durch den Reichstag. Man wird ja bald sehen, wie die Dinge sich regieren. Die Petersburger Militärverwaltung pflegt in der Regel nicht den Zeitungen lang und breit zu erzählen, was sie im Sinne hat.

Orient. Die serbische Skupschina hat die Erhebung der Anklage gegen das durch den Staatsstreich des Königs Alexander gestürzte liberale Ministerium Arakumovitsch mit 102 Stimmen beschlossen. Ein Comitee von 12 Abgeordneten soll den Gerichtshof bilden. Die Anklage lautet auf Verfassungsbruch. — Die türkische Regierung wird die Einberufung einer neuen Konferenz zur Regelung der ägyptischen Frage antregen, aber keinen directen Antrag auf Abberufung

der englischen Truppen vom Nil stellen. Wann die Konferenz zusammentritt, ist noch ungewiß.

Deutschland.

Berlin, 21. Juli.

— **Sofnachrichten**, 20. Juli. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin nahmen gestern nach der Ankunft in Tullgarn bei den schwedisch-norwegischen Kronprinzlichen Herrschaften auf Schloß Tullgarn Wohnung. Heute erlebte Seine Majestät die eingegangenen Posten und nahm die regelmäßigen Vorträge entgegen.

Ausland.

Rußland.

Petersburg, 21. Juli. Dem Vernehmen nach hat die deutsche Regierung den russischen Vorschlag, die Verhandlungen über den **Handelsvertrag** commissarisch in Berlin fortzusetzen, unter dem Vorbehalt einer näheren Verabredung über den Zeitpunkt angenommen und dabei erklärt, im wesentlichen an den Forderungen festzuhalten, welche die im März dieses Jahres von deutscher Seite überreichte Liste der beanstandeten Zoll erhöhungen enthalten hat.

Stadt. Kreis. Provinz.

Der Abdruck aller, durch Correspondenzzeichen als Originalartikel gekennzeichneten Berichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. D. Red. **Stolz**, 22. Juli.

— **Telegraphenanstalt**. Am 13. Juli ist in Königlich-Cubitz eine mit der Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphenanstalt eröffnet worden.

— **Zum Manöver**. Die 36. Cavallerie-Brigade beabsichtigt den Stab des Husaren-Regiment Fürst Blücher von Wahlstatt mit 3 Officieren, 24 Mann und 31 Pferden für den 30. und 31. August (Schluß des Brigade Exercierens) in Danzig einzuquartieren.

— **Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk**. Bekanntlich war beabsichtigt, im Juli Vertreter der Interessentkreise zu Besprechungen über Durchführung der Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk zu berufen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es zweckmäßiger wäre, zunächst die einzelnen Berufszweige über die geplanten Bestimmungen in Kenntniß zu setzen und erst nachdem den betreffenden wirtschaftlichen Vertretungen diese Mittheilungen gemacht worden, zur Abhaltung der Konferenzen zu schreiten. Dabei wird die ursprünglich beabsichtigte Veröffentlichung der Denkschrift und des Entwurfs der Ausführungsbestimmungen über die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk, den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge unterbleiben, dagegen ist das gesammte Material den Einzelregierungen mit dem Wunsche überwiesen worden, es gleichmäßig und gleichzeitig den Vereinigungen der Arbeitgeber, sowie der Arbeitnehmer zugänglich zu machen. Durch dieses Vorgehen soll den Interessenten Gelegenheit gegeben werden, sich vor den Besprechungen mit den behördlichen Organen genau eingehend über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zu unterrichten. Die Anhörung der Sachver-

ständigen dürfte, nachdem die Bekanntgabe des Materials an die Vertretung der einzelnen Berufszweige stattgefunden hat, Ende September oder Anfang October erfolgen.

— **Wissenschaftliches Museum**. Stettin wird bald ein wissenschaftliches Museum haben. Der Umbau des Dohrn'schen Hauses, welches bekanntlich von Herrn Stadtrath Dr. Dohrn als Geschenk überwiesen worden, ist bereits in der Ausführung begriffen. Das Dachgeschoß wird erhöht und zu einem vollen Stockwerk ausgebaut werden. Dort werden, wie die „N. St. Ztg.“ hört, die jetzt im Hause Rosengarten 1 befindlichen naturhistorischen Sammlungen im Verein mit den jetzt der Stadt gehörenden Dohrn'schen Insecten- und Conchylien-Sammlungen Aufstellung erhalten. Außerdem sollen dort noch die Wirbelthiere und niederen Thiere, welche sich in Glaschränken befinden, untergebracht werden, während die umfangreichen ethnologischen Sammlungen zc. nebst der dazu gehörigen Bibliothek in den Räumen des ersten Stockwerks verbleiben. Der Umbau wird in etwa 6 Wochen soweit gefördert sein, daß mit der Einrichtung der Sammlungen begonnen werden kann.

— **Personal-Chronik**. Dem Hilfsförster Verheiden in Leba ist die Dünenaufseherstelle des Lebaer Revier probeweise vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden. — Der Rittergutsbesitzer Post in Reddieß ist zum Standesbeamten und der Gemeindevorsteher Quetsche ebendasselbst zum Stellvertreter des Standesamts Varnow, Kreis Rummelsburg ernannt worden. Der Sitz des Standesamtes ist von Alt-Colziglow nach Reddieß verlegt worden. — Der Administrator Hadenstein zu Grüssow ist zum 2. Standesbeamten-Stellvertreter für den Bezirk Lenzen, Kreis Belgard, ernannt worden. — Der Lehrer Dieckmann zu Mügow ist zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Labenz, Kreis Schivelbein, ernannt worden. — An Stelle der verstorbenen Rittergutsbesitzer von Selchow-Karolinenthal und Pächtersohn Haffe zu Rettekewitz sind: 1. der Lieutenant von Pläskow in Karolinenthal zum Amtsvorsteher und 2. der Rittergutspächter Voss in Wobensin zum stellvertretenden Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Rettekewitz, Kreis Lauenburg, ernannt worden. — An Stelle des verstorbenen Bauerhofsbesizers Reinke zu Seefeld ist der Gemeinde-Vorsteher Reimer zu Garrin zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Garrin, Kreises Kolberg, ernannt worden. — Pensionirt ist der Stations Vorsteher 2. Klasse Klinge in Schivelbein.

Lauenburg, 20. Juli. [Das hier bestehende Progymnasium] ist zur Zeit das Schmerzenskind der städtischen Verwaltung. Der Schülerbestand geht in Folge des Fortfalls der Obersekunda und Erhöhung des Schulgeldes auf 100 M. jährlich, für alle Klassen gleichlautend, nicht unbedenklich zurück; dazu kommt nun noch die Erhöhung der Lehrergehälter nach dem neuen Befordnungsplan, welche der städtische Säckel neben den bisherigen nicht unwesentlichen Zuschüssen natürlich auch wieder zu tragen hat. Die Opfer, welche die Stadt für diese Anstalt jährlich zu bringen hat, sind nun schließlich so hohe geworden, daß diese sich außer Stande erklärt, dieselben bei den beschränkten Mitteln und der schon hoch genug ange-

spannten Steuerkraft weiter tragen zu können. Die Uebernahme der Anstalt auf den Staat ist bereits abgelehnt worden und soll nun versucht werden, einen entsprechenden Staatszuschuß zu erlangen. Vorläufig willigte die letzte Stadtverordneten-Versammlung darin, die Mehrkosten der Unterhaltung aus den zum Rothhausbau gesparten Mitteln zu decken und wies den Magistrat an, später mit Vorschlägen hervorzutreten wegen Rückerstattung der verauslagten Gelder. Vielfach hat man sich bereits mit dem Plane getragen, die Anstalt überhaupt eingehen zu lassen, ist aber wohlweislich davon abgekommen, weil es erstens nicht ohne eine gehobene Schule mehr geht und zweitens der Stadt alsdann das Schulgeld verloren ginge, sie das Lehrpersonal aber trotzdem erhalten müßte. (Cösl. Ztg.)

Allerlei.

— **Schneidemühl**, 20. Juli. **Zur Brunnenkatastrophe**. Nach vorgenommenen Messungen sind die beobachteten Erdsenkungen unwesentlich. Das Sommerfeld'sche Haus in der Kleinen Kirchenstraße hat sich in den letzten drei Wochen nur um 13 Millimeter gesenkt. Ähnliche geringe Senkungen haben sich an beschädigten Häusern in der Großen Kirchenstraße feststellen lassen. Das Hervorquellen des Wassers rührt davon her, daß an einer Stelle des Rohres die Verschraubung nicht schließt, was aber völlig gefahrlos ist. Die durch das Brunnenunglück geschädigten Bürger werden ein erneutes Gesuch an den Magistrat und die Stadtverordneten richten, worin gebeten wird, die hohen eingegangenen Sammelgelder zu veröffentlichen, sowie eine Commission zur Vertheilung des Geldes einzustellen. — Die Stadtverordnetenversammlung berieth heute über das Gesuch, die durch das Brunnenunglück heimgesuchten Hausbesitzer zu entschädigen. Nach längerer Debatte, an welcher sich auch Regierungspräsident von Tiebe mann aus Bromberg betheiligte, beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, nach Feststellung des Schadens der Versammlung eine Vorlage zu machen. Erster Bürgermeister Wolff theilte mit, daß ihm Seitens der Staatsregierung auf's Bestimmteste Hilfe zugesagt worden sei. Auf eine Anfrage erklärte der Regierungspräsident, daß er die Anstrengung eines Processes gegen die Stadtgemeinde für aussichtslos halte.

— **Der schreckliche Fall**, daß **der Blitz** in eine mit Kindern gefüllte Schule einschlägt, hat sich bei dem letzten Gewitter in Ostpreußen ereignet. Der Blitz schlug in das Schulhaus zu Stabigotten (Kreis Pillfallen) und verletzte viele Kinder. Die meisten derselben wurden allerdings nur in geringem Grade getroffen, fast alle aber hatten als Spuren des Blitzes viele schwärzliche Flecken am Leibe; andere wurden schwerer, besonders an den Beinen getroffen, deren Haut zum Theil verbrannt ist. Die schwerste Verletzung erlitt ein kleines Mädchen, dessen Unterleib durch den Blitzschlag vollständig schwarz geworden ist. Das Kind liegt in Folge dessen schwer krank darnieder.